

Bürogemeinschaft

Dipl. Kfm. Tristan Kopietz

Joachim Lauenburg, Fachanwalt für Strafrecht

Jessica Lauenburg, Fachanwältin für Familienrecht

Rene Herzog, Fachanwalt für Strafrecht

Anna Hoffmann, Strafverteidigerin

Elbchaussee 87, 22763 Hamburg

Tel.: 040 / 39 14 08, Fax: 040 / 39 14 07

E-Mail: info@ihr-anwalt-hamburg.de

PROZESSVOLLMACHT

wird hiermit in Sachen

gegen

wegen

Prozessvollmacht für alle Verfahren in allen Instanzen erteilt. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnis:

1. Prozessführungsbefugnis unter anderem nach § 81 ff. ZPO.
2. Vertretung in privaten und gesetzlichen Schlichtungsverfahren
3. Antragstellung in Scheidungs- und Scheidungsfolgeverfahren, Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen sowie Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsansprüchen.
4. Beilegung des Rechtsstreites durch Vergleich und sonstige Einigung, Verzicht oder Anerkenntnis.
5. Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche.
6. Entgegennahme und Bewirken von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen.
7. Alle Neben- und Folgeverfahren, z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der daraus erwachsenden besonderen Verfahren wie das Insolvenzverfahren zur Anmeldung von Forderungen gemäß §§ 174 ff. und §§ 38 ff. Insolvenzordnung beim Insolvenzverwalter und zur außergerichtlichen Vertretung zum Zwecke der Schuldenregulierung, Vertretung im außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahren sowie für das gesamte Insolvenzverfahren einschließlich des Verfahrens auf Restschuldbefreiung, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegung.
8. Empfangnahme der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten, notwendigen Auslagen, Geldern, Wertsachen und Urkunden, soweit das Verfahren dazu Anlass gibt.
9. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise an Andere.
10. Diese und andere Forderungen des Vollmachtgebers aus dem im Rahmen der Vollmacht betriebenen Verfahren tritt der Vollmachtgeber an die Rechtsanwälte Lauenburg & Kopietz ab. Die Abtretung wird angenommen und durch die Gebührenberechnung gemäß dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz oder Honorarvereinbarung der Höhe nach beschränkt.
11. Die Übersendung von Schriftsätzen und Unterlagen per E-Mail oder elektronischer Form in Kenntnis der etwaigen Unsicherheit der Übermittlung.
12. Scans werden wie Kopien gemäß Nr. 7000 VV RVG abgerechnet.
13. Ich stimme der rückseitigen Erklärung zur Datenverarbeitung und Speicherung gemäß Art 5 ff., 13 ff. DSGVO zu (siehe www.ihr-anwalt-hamburg.de/Impressum Datenschutz).

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweise zur Datenverarbeitung:

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Rechtsanwälte Lauenburg & Kopietz (Bürogemeinschaft), Elbchaussee 87, 22763 Hamburg, Tel.: 040 / 39 14 08

Fax: 040 / 39 14 07, E-Mail: rae-l-k@ihr-anwalt-hamburg.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung,

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir in der Regel folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,

Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)

• Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind. Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;

zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen, sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres. In dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (§§169, 228 ff. AO, § 199 Abs. 3 - 5 BGB, HGB, StGB) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere, deren Rechtsanwälte), sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen. Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an:

info@ihr-anwalt-hamburg.de

Vergütungsvereinbarung:

Grundsätzlich gelten die Mittelgebühren des Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, es sei denn, gemäß § 14 RVG oder Vergütungsvereinbarung wird etwas anderes bestimmt. Scans werden wie Kopien gemäß Nr. 7000 VV RVG mit Euro 0,50 für die ersten 50 Kopien/Scans und Euro 0,15 ab der 51. Kopie zzgl. USt abgerechnet. Sollte ein Kostenerstattungsanspruch gegen die gegnerische Partei, einen Verfahrensbeteiligten oder die Staatskasse bestehen, wird in der Regel nicht mehr als die gesetzlichen Gebühren gemäß RVG-Vergütung zu erstatten sein.